

## Dokumentation der Abschlusstagung des Promotionskollegs „Leben im transformierten Sozialstaat“ am 14./15.04.2016 in Köln

Die Abschlusstagung des Promotionskollegs „Leben im transformierten Sozialstaat“ diskutierte den gegenwärtigen sozialen Wandel unter der Perspektive von Transformationsprozessen der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit. Anhand erster Zwischenergebnisse der 13 Forschungsprojekte im Promotionskolleg zielte die Tagung darauf, Veränderung in Sozialpolitik und Sozialer Arbeit in Bezug zueinander zu setzen, sowie Parallelen, Differenzen und Leerstellen ihrer jeweiligen Analysen heraus zu arbeiten. Dabei standen folgende Fragstellungen auf der Agenda: Wie gestaltet sich das Leben in Zeiten sozialstaatlicher Transformation? Wie wirken sozialpolitische Reformen auf die Handlungsspielräume von Adressat\*innen der Sozialpolitik und Sozialen Arbeit? Welche (Alltags-)Praktiken und diskursiven Verschiebungen gehen mit der Transformation einher? Ungefähr 100 Teilnehmende waren zu der Veranstaltung in die Technische Hochschule in Köln gekommen.

Nach der Begrüßung der Teilnehmenden durch *Prof. Dr. Simone Leiber* (Hochschule Düsseldorf) und *Prof. Dr. Ute Klammer* (Universität Duisburg-Essen) hielten *Prof. Dr. Sigrid Leitner* (TH Köln) und *Prof. Dr. Fabian Kessl* (Universität Duisburg-Essen) den Einführungsvortrag zur Tagung „Perspektiven aus Sozialpolitik und Sozialer Arbeit“ in Form eines Dialogs, in dem *Sigrid Leitner* die Sozialpolitik und *Fabian Kessl* die Soziale Arbeit ins Gespräch einbrachten.

*Sigrid Leitner* benannte als den Ausgangspunkt des Kollegs die gemeinsam geteilte Zeitdiagnose, dass sich nach dem Ende des „goldenen Zeitalters“ des Wohlfahrtsstaats Mitte der 1980er Jahre Transformationen der Sozialpolitik vollzogen haben. Als Basis der Forschungsprojekte im Kolleg beschrieb Leitner folgende drei zentralen Paradigmen des Wandels sozialer Sicherungssysteme: das Aktivierungs-Paradigma, das vor allem auf die Integration oder Re-Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt abzielt; das Eigenverantwortungs-Paradigma, das die Verantwortung zur Vorsorge in Bezug auf Gesundheit, Erwerbsintegration oder auch Altersvorsorge auf das einzelne Individuum überträgt, sowie schließlich das Autonomie-Paradigma, das den Adressatinnen und Adressaten Wahl- und Mitbestimmungsmöglichkeiten ermöglicht. Während Stephan Lessenich für diesen Paradigmenwandel den Begriff des neosozialen Umbaus der Sozialpolitik prägte, fragte *Sigrid Leitner*, inwiefern *Fabian Kessl* diese drei Paradigmen aus Sicht der Sozialen Arbeit als Neujustierung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements bewertet.

*Fabian Kessl* sprach von einem veränderten „Arrangement“ als einer Ergänzung zu Lessenichs Diagnose der „neosozialen Neuprogrammierung“, um auf die veränderten Institutionalisierungsformen aufmerksam zu machen. Die transformierten, also neosozialen Rationalitäten offenbaren eine veränderte Sozialfigur, weil weniger die Figur des in einer Notsituation hilfebedürftigen Menschen handlungsleitend ist. Demgegenüber werden Menschen gedacht als individuelle und damit tendenziell unabhängige Akteure, die sich möglichst aller potenziellen Lebensrisiken im Vorfeld bewusst sein sollten, und sich daher möglichst präventiv und kalkulierend verhalten sollten. *Fabian Kessl* wies darauf hin, dass sich daraus für die Soziale Arbeit eine höchst ambivalente Situation ergibt, die man als „gleichzeitige Anerkennung und Marginalisierung“ beschreiben kann.

Die pädagogischen Prinzipien der Aktivierung, der Eigenverantwortung und der Autonomie werden im Zuge Strukturwandels des Wohlfahrtsstaats kritisch diskutiert: Heute wird von den Einzelnen verlangt, dass sie sich „aktivieren“, sich „eigenverantwortlich“ und „autonom“ verhalten – *ohne* zu berücksichtigen, unter welchen Bedingungen die Menschen das tun können. Ganz im Gegenteil: Sie sollen sich im Kontext gegenwärtiger Aktivierungspolitik und Aktivierungspädagogik erst einmal aktiv zeigen, bevor sie eine sozialpolitische oder sozialpädagogische Leistung in Anspruch nehmen. Eine Sozialpolitik und eine Soziale Arbeit, die sich als Verwirklichung der wohlfahrtsstaatlichen Idee von Umverteilung und Teilhabe für potenziell alle Gesellschaftsmitglieder verstehen lässt, stellt Erziehungs-, Bildungs- und Sorgeangebote bereit, die genau diese Bedingungen der Möglichkeit als Ausgangspunkt nehmen. Soziale Arbeit versucht an diesen exkludierenden Effekten begrenzter Möglichkeitsräume anzusetzen und Zugänge oder Optionen zu eröffnen bzw. zu ermöglichen, die den Menschen gerade nicht zur Verfügung stehen. Auch wenn im Zuge des gegenwärtigen Transformationsprozesses sozialarbeiterische und sozialpädagogische Semantiken und Konzeptionen sehr gefragt sind, wird deutlich, dass diese Entwicklungen eher eine Verfremdung, oftmals eine Marginalisierung bisheriger Prinzipien Sozialer Arbeit mit sich bringen als eine Anerkennung. Das zeigt sich, wenn z.B. Jugendarbeit im Kontext Ganztagschule zunehmend auf die schulische Lern- und Entwicklungslogik abgestimmt und ausgerichtet wird. Oder aufsuchende Angebote geraten zunehmend in den Kontext polizeilicher Repressionslogiken, die Aneignungsräume für Jugendliche oder Erwachsene, die z.B. eine Innenstadt nicht als Konsument\_innen aufsuchen, eher schließen statt zu eröffnen.

Daran anknüpfend warf *Sigrid Leitner* die Frage nach Zusammenhängen zwischen Sozialpolitik und Sozialer Arbeit auf: Wie kann man diese beiden Diagnosen des Wandels so miteinander verbinden, dass Sozialpolitik und Soziale Arbeit nicht nur als ein Ergänzungsverhältnis interpretiert werden?

*Fabian Kessl* führte aus, dass im fordistischen Sozialstaat Soziale Arbeit als personenbezogene soziale Dienstleistung den sozialen Sicherungssystemen eher nachgeordnet war. Dem Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit wurde wenig Aufmerksamkeit geschenkt, weil es eindeutig bestimmt schien. Wenn die sozialen Sicherungssysteme oder die allgemeinen Versorgungssysteme nicht mehr griffen, kam die Soziale Arbeit ins Spiel. Ein Beispiel: War im Fall der Erwerbslosigkeit eines Familienvaters das Problem nicht mehr nur das verringerte Haushaltseinkommen der Familie, sondern ein aus diesen Umständen erklärbares Auffällig werden des Kindes, so kam die Familienfürsorgerin oder historisch später die sozialpädagogische Familienhilfe ins Spiel. *Fabian Kessl* beschrieb die Verzahnung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit unter der doppelten Logik der kollektiven Absicherung von Lebensrisiken und der kollektiven Organisation von Alltagshilfen. Diese Logik ist zwar nie für die gesamte Bevölkerung Realität geworden, auch nicht im kurzen goldenen Zeitalter des Sozialstaats, aber zumindest war sie entsprechend konzeptionell angelegt. Andererseits, so führte *Fabian Kessl* weiter aus, gab es eine sehr berechtigte Kritik an dieser „Gesellschaft der Ähnlichen“, wie Robert Castel den Sozialstaat, den wir als klassisch bezeichnen können, genannt hat – eine Kritik, die von feministischen Fraktionen und der Frauenbewegung, von migrations- und

rassismustheoretischen Positionen sowie den Selbstorganisationen von Migrant\_innen, von Lesben-, Schwulen- und Queerbewegung etc. formuliert wurde. Der klassische Sozialstaat war eben, was die Geschlechterverhältnisse angeht, ein Stabilisator heteronormativer Logiken, war ein fast ausschließlich nationales Konstrukt, reproduzierte und stabilisierte bestimmte Lebensformen, wie vor allem die bürgerliche Kleinfamilie usw. Dies alles, so die deutliche Einschätzung *Fabian Kessls*, dürfe nicht vergessen werden, wenn man die Transformation der vergangenen Jahre kritisch in den Blick nimmt.

An der Stabilisierung der genannten Geschlechterverhältnisse oder der Orientierung an bestimmten Lebensformen, wie der bürgerlichen Kleinfamilie, sind Sozialpolitik wie Soziale Arbeit seit jeher entscheidend beteiligt. Sozialpolitik und Soziale Arbeit waren und sind hier gewissermaßen Komplizen. Das ist also kein historisch neues Phänomen.

Mit der eingangs angesprochenen Pädagogisierung im transformierten Sozialstaat ändert sich allerdings das Ergänzungs- und Substitutionsverhältnis zwischen Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, wie es bis in die 1970er Jahre gültig war: Sozialarbeiterische und sozialpädagogische Semantiken und Konzeptionen rücken in Bereiche vor, die bisher ausschließlich der Versicherungs- und Versorgungslogik vorbehalten waren. Ganz besonders markant ist dies im Feld der Arbeitsmarktpolitik zu beobachten. Mit dieser zunehmenden Pädagogisierung auch der Sozialpolitik halten in das Feld der sozialen Sicherungssysteme erkennbar erzieherische Anteile Einzug: Die Krankenkassenprämie von Versicherten wird z.B. vom sportlichen Engagement abhängig gemacht, was Krankenkassen letztendlich als Instanzen der körperlichen Erziehung verstehbar macht.

An dieser Stelle nahm *Sigrid Leitner* den Faden auf und problematisierte den mitunter vorherrschenden Eindruck, dass heutzutage die Soziale Arbeit möglicherweise die Sozialpolitik bestimmen würde. Denn es müsse betont werden, dass die Soziale Arbeit gar nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben autonom zu bestimmen! Sie wird vielmehr geprägt durch die politisch-administrativen Strukturen der Sozialpolitik, wie das Stichwort „Neues Steuerungsmodell“ verdeutlicht. Der Weg führt von der retrospektiven hin zur prospektiven Finanzierung, weg vom Selbstkostendeckungsprinzip hin zu Leistungsentgelten. Damit schafft die Sozialpolitik die entscheidenden Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit, die sodann damit zurecht kommen müsse. Begrenzungen des professionellen Handelns durch ökonomische Rahmenbedingungen können eigentlich nur zur Frustration der Professionellen führen. Widersprüche ergeben sich aber auch aufgrund der neuen neosozialen Ausrichtung der Sozialpolitik. An erster Stelle stehen hier das Aktivierungspostulat und die Integration in den Arbeitsmarkt „um jeden Preis“. Die ökonomische Verwertungslogik von sozialen Dienstleistungen steht dem sozialpädagogischen Anspruch der Persönlichkeitsentwicklung diametral entgegen; zumindest ist die Schnittmenge als gering einzuschätzen. Sozialpolitik und Soziale Arbeit befinden sich diesbezüglich in einem massiven Zielkonflikt, der gesellschaftlich bislang kaum diskutiert wird.

Diesen Aspekt griff *Fabian Kessl* als einen absolut entscheidenden Punkt auf: Die scheinbare Anerkennung der Sozialen Arbeit im Zuge der Pädagogisierung des sozialstaatlichen Arrangements erfährt tatsächlich eher eine Marginalisierung ihrer

grundlegenden Logiken, unabhängig davon, ob man diese als Emanzipation, subjektive Entwicklung, Bildung oder gelungene Alltagsbewältigung bezeichnet. *Fabian Kessl* richtete dann an *Sigrid Leitner* die Frage, wie sie die Wirkungsforschung und AdressatInnenforschung von den genannten Paradigmen sozialstaatlichen Wandels betroffen sieht.

Nach *Sigrid Leitner* bestimmen die Paradigmen Aktivierung, Eigenverantwortung und Autonomie die Ausgestaltung von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, welche wiederum auf Alltagsentscheidungen und die Lebenslagen der AdressatInnen einwirken bzw. den Handlungsrahmen für AdressatInnen strukturieren. Diese Erkenntnis begründet das Forschungsanliegen des Promotionskollegs und zielt darauf ab, diese beiden Perspektiven der sozialpolitischen Wirkungsforschung und der sozialpädagogischen AdressatInnenforschung zusammen zu bringen. Aus einer Perspektive der sozialpolitischen Wirkungsforschung interessiert dabei insbesondere die Frage, wie sich sozialpolitische Reformen auf das Wohlergehen der AdressatInnen auswirken und ob sich das Verhalten der AdressatInnen entsprechend der vorgegebenen Zielsetzungen steuern lässt. Ausgangspunkt ist also immer die Entwicklung in einem Teilbereich der Sozialpolitik. Die abhängige Variable, das, was erklärt werden soll, ist sodann der Effekt der Entwicklung auf das Versorgungsniveau der AdressatInnen, ob z.B. die Rentenreform zu einem Anstieg der privaten Altersvorsorgeaktivitäten geführt hat, oder welche Pflegepolitiken eine Parallelität von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege ermöglichen.

*Fabian Kessl* führte diese Gedanken weiter: Aus Perspektive der sozialpädagogischen AdressatInnenforschung stehen die Alltagspraxen unterschiedlicher Zielgruppen im Vordergrund des Forschungsinteresses, z.B. die Frage, wie potenzielle Eltern unter den gegebenen sozialpolitischen Rahmenbedingungen eine Familie gründen oder wie Jugendliche unter dem Einfluss des Aktivierungsparadigmas den Übergang von der Schule zum Beruf bewältigen. Die Strategien und Praktiken der Alltagsbewältigung sind dabei sowohl von den individuellen Ressourcen abhängig, als auch von den durch die Sozialpolitik vorstrukturierten Rahmenbedingungen. *Fabian Kessl* stellte dann *Sigrid Leitner* die Frage: Was können die beiden Perspektiven, die beiden Forschungstraditionen, sodann voneinander lernen?

*Sigrid Leitner* zufolge sind für die sozialpolitische Wirkungsforschung die Strategien der Alltagsbewältigung der AdressatInnen bislang weitgehend eine Blackbox und markieren gleichzeitig eine Leerstelle in der Forschung. Deutlich erkennbar ist, dass sozialpolitische Maßnahmen nicht „einfach so“ ein bestimmtes Verhalten bewirken, sondern die AdressatInnen nach ihren eigenen Logiken „funktionieren“. Sie mahnt ein besseres Verständnis dieser Logiken an, ohne das man sozialpolitisch nicht adäquat steuern könne. Sie wendete diese Fragestellung sodann und bat *Fabian Kessl* um seine Einschätzung, wie ein sozialpädagogischer Blick das Zusammendenken der Perspektiven von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit einschätzt und wo sich dieses profitabel auswirken könnte.

*Fabian Kessl* sieht Lernerfolge seitens Sozialer Arbeit: Für die sozialpädagogische AdressatInnenforschung ist die Einbeziehung der sozialpolitischen Wirkungsforschung insofern eine relevante Weiterentwicklung ihrer Erkenntnismöglichkeiten, als dass diese grundlegendes Wissen über die

Bedingungen der Möglichkeit von NutzerInnen Sozialer Arbeit vorlegen kann: Gerade Leitungskräfte und fachpolitisch Verantwortliche bei den Trägern sollten darum wissen, wie sich familien- oder arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auswirken, um sozialpädagogische und sozialarbeiterische Angebote darauf abzustimmen.

Am Schluss des anregenden Dialogs zwischen beiden Sichtweisen, der die Verwobenheit von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit gut nachvollziehbar machen konnte, leitete *Sigrid Leitner* zur ersten Keynote der Tagung über.

*Prof.' in Dr. Eva Nadai* von der Fachhochschule Nordwestschweiz präsentierte die erste Keynote „Aktiv(iert)e Bürger und widerspenstige Subjekte. Zur Erforschung post-wohlfahrtsstaatlicher Praktiken“.

*Eva Nadai* stellt in ihrem Vortrag einen theoretischen wie empirischen Ansatz zur Erforschung wohlfahrtsstaatlichen Wandels von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit vor, der den Wandel der Erwerbsarbeit mittels ethnographischer Methoden aus KlientInnen-Sicht nachzeichnet und rekonstruiert. Sie diagnostiziert, anknüpfend an Stephan Lessenichs Aussagen zur Krise der Arbeitsgesellschaft, dass es im Zuge von Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration im Sinne einer aktivierenden „Inklusionsmaschine“ (Land/Willisch 2006) auch zu Prekarisierungen und Ausschlüssen von Erwerbslosen kommt. Ihrer Einschätzung zufolge, hat die Subjektivierung von Erwerbslosigkeit zur Konsequenz, dass Subjekte dem Imperativ der Selbstoptimierung unterworfen sind, die sie als Prozesse der Selbsterforschung, Selbstverbesserung und Selbstvermarktung beschreibt.

Das ethnographische Vorgehen der im Vortrag präsentierten Studien folgt einer praxeologischen Forschungsstrategie: Ausgehend von den Praktiken konkreter Akteure in spezifischen Kontexten werden die Handlungsfähigkeit und handlungsbegrenzende Strukturen rekonstruiert, auch in Abhängigkeit von institutionellen Strukturierungen des Handelns der Subjekte. Im so skizzierten Rahmen gelingt es *Eva Nadai*, Aktivierungspraxen in der Dynamik institutionell strukturierter Interaktion aus Akteursperspektive nachzuzeichnen: Sie diskutiert die Orientierungen sowie das Handeln erwerbsloser Menschen im Kontext von Aktivierungsprozessen als komplexe Gemengelage, die von biografischen Erfahrungen, aktuellen Lebenslagen und vorhandenen Gelegenheitsstrukturen beeinflusst ist.

*Eva Nadai* stellte dann verschiedene Facetten des „Selbstunternehmertums“ Erwerbsloser als Ergebnis subjektiver Handlungsstrategien vor. Dabei verzichtet sie bewusst auf eine Typenbildung, um mittels einer Art „Indiziensammlung“ verschiedene Schlüsse aus dem empirischen Material für zukünftige Forschungen sowie politische Strategien ziehen zu können. In den subjektiven Handlungsstrategien macht *Eva Nadai* auch bestimmte widerständige Praxen der erwerbslosen Menschen aus, mit denen diese sich dem „penetranten Erwerbsoptimismus“ widersetzen. Sie präsentiert danach drei Phänomene von Handlungsstrategien Erwerbsloser - Selbstunternehmertum, resignatives Erdulden und sekundäre Anpassung: Selbstunternehmer\_innen zeichnet ihr „unermüdliches Streben nach regulärer Erwerbsarbeit“ (Dörre et al. 2013) aus, das auf flexible Anpassung an den Arbeitsmarkt zielt. Deren strategisches Handeln hat als mittel-/langfristigen Horizont das Ziel der Selbstoptimierung, das sich häufig durch

„Leidensbereitschaft“ (Dörre et al. 2013) auszeichnet. Bei der Handlungsstrategie des (resignativen) „Erduldens“ weisen erwerbslose Menschen die an sie gerichtete Responsibilisierung zurück, indem sie Maßnahmen „aussitzen“ oder sich auf Defizite berufen bzw. Hilfe erwarten. Im Fall sekundärer Anpassungs-Strategien erfüllen Erwerbslose an sie gestellte Anforderungen reaktiv und zeigen oftmals demonstrativ Konformität.

Sie unterbreitet dann auch empirische Analysen interinstitutioneller Zusammenarbeit bei der Erwerbslosen-Aktivierung, wobei sie die institutionell strukturierte Interaktion des im Feld tätigen Fachpersonals reflektiert. Dieses ist beeinflusst von organisationalem Wissen/Routinen, von regimespezifischen institutionellen Regeln und von professionellem Wissen, dem Selbstverständnis und der Professionsethik. Ein Ergebnis ist dabei, dass es im Kontext der interaktiven Aushandlung in Aktivierungsmaßnahmen auf Seiten mancher Vermittlungspersonen (Fachkräfte) und Erwerbslosen einerseits zu einer Art Co-Resignation und andererseits mitunter zu verschiedenen Formen widerständiger Handlungsweisen kommt.

Damit konnte *Eva Nadai* eindrücklich dokumentieren, dass ihr ethnographisches wie praxeologisches Vorgehen geeignet ist, interaktive Aushandlungen in Aktivierungsmaßnahmen in spezifischen Kontexten (kontrastierend/vergleichend, räumlich, institutionell und organisational sowie abhängig von AdressatInnengruppen, d.h. ausdifferenziert in Migrations- und Geschlechterverhältnissen) sowie dynamisch (Prozesse/Verläufe, historische Wandlungsprozesse) zu rekonstruieren.

Am zweiten Veranstaltungstag hielt *Prof. Dr. Silke van Dyk* von der Friedrich-Schiller-Universität Jena die zweite Keynote „Aktiviert und engagiert? Die Indienstnahme der Ressource Gemeinschaft in Zeiten wohlfahrtsstaatlicher Transformation.“

Einleitend diskutiert *Silke van Dyk* freiwilliges Engagement im Rahmen des Strukturwandels des Wohlfahrtsstaatshin zum aktivierenden Sozialstaat sowie im Diskurs wohlfahrtsstaatlicher Erschöpfung, der über akutes Behördenversagen hinausgeht. Charakteristisch sei nicht ein Rückzug des Staates, sondern der Wandel der sozialstaatlichen Steuerungslogik nach der Devise: „Von der Staatsversorgung zur Selbstsorge, vom kollektivem zum individuellen Risikomanagement, vom sozialen Recht zur individuellen Verpflichtung.“ Die Folgen dieses wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels sind Einschnitte in sozialstaatlichen Sicherungssystemen, die Unterfinanzierung der öffentlichen Verwaltung und Infrastruktur sowie die Herausbildung disziplinierender Aktivierungsprogramme.

Zur Vertiefung dieser kritischen Gesellschaftsdiagnose reflektiert sie das Feld der Flüchtlingshilfe vor dem Hintergrund des zunehmenden „Community-Kapitalismus“ im Wohlfahrtsstaat: Inwiefern zeigt sich an der gezielten Indienstnahme und Inwertsetzung der Ressource Gemeinschaft im Hinblick auf das Thema der Flüchtlingshilfe ein wohlfahrtsstaatlicher Strukturwandel?

*Silke van Dyk* betont dabei, dass sie das Engagement der Menschen (insbesondere Ehrenamtlicher) im Feld anerkennt und wertschätzt, denn ihre kritische Analyse richtet sich nicht gegen diese konkret helfenden Aktivitäten, sondern will die Indienstnahme der Ressource Gemeinschaft aus wohlfahrtsstaatlicher Sicht hinterfragen und problematisieren.

Die Debatten um das Phänomen des „Community-Kapitalismus“ lassen sich nach *Silke van Dyk* durch das Zusammenführen liberaler und kommunitaristischer Traditionen charakterisieren, entsprechend dem Credo „Vom Eigennutz eines radikalen Wirtschaftsliberalismus zur Gemeinschaftsförmigkeit als Ressource des deregulierten Finanzmarktkapitalismus.“ So bildet sich eine neue Subsidiarität aus, bei der die Aktivierung engagierter Bürger\_innen der Staatsentlastung dient.

Dabei bewertet *Silke van Dyk* auch den Wandel der Geschlechterverhältnisse als einen Motor des Community-Kapitalismus, so dass die Krise der sozialen Reproduktion und eine neue Landnahmen unbezahlter Arbeit, insbesondere der Care-Arbeit, ineinandergreifen. Von daher, so ihre Forderung, muss Gesellschaftskritik auch immer feministisch argumentieren bzw. intervenieren, weil sie von klassischen Care-Themen auf den Bereich des freiwilligen sozialen Engagements (Ehrenamt) ausgeweitet werden muss. Damit leitet *Silke van Dyk* zum aktuellen Thema der Fluchtmigration über, weil dort zu ca. zwei Drittel Frauen aktiv sind.

*Silke van Dyk* formuliert zur Indienstnahme von Gemeinschaftsförmigkeit im Feld der Flüchtlingshilfe die Hypothese, dass neues Freiwilligen-Engagement zum Gegenstand des Community-Kapitalismus geworden ist: Sie wird im Sinne neuer Subsidiarität gezielt vom Staat in Dienst genommen, sozusagen als „Kommunitarisierung der Flüchtlingshilfe.“

Auch für die Flüchtlingshilfe bildet die neu entwickelte Kultur und Ökonomie des Helfens den Rahmen, bei der der Staat die Regie der „Freiwilligen-gesellschaft“ übernimmt. *Silke van Dyk* wirft dabei einen wichtigen Fragekomplex auf: Inwiefern revitalisiert der Abbau sozialer Rechte anti-emanzipatorische Formen des caritativen Helfens? Inwiefern hat sich ein paternalistischer Hilfediskurs entwickelt, verstanden als Hierarchien zwischen Helfenden und „Hilfsbedürftigen“, der Machtverhältnisse verschleiert? Wie stark haben sich Prozesse der De-Professionalisierung, De-Standardisierung und Prekarisierung von sozialen Aktivitäten, Dienstleistungen und Hilfen etabliert? Welche fließenden Übergänge von monetarisierter Freiwilligenarbeit, Niedriglohnsektor und „Schattenwirtschaft“ lassen sich beobachten? Inwiefern hat sich das Mittelschichts-Engagement Helfender zur Überlebensökonomie entwickelt? Und inwiefern dient Freiwilligenarbeit als Vehikel der Informalisierung in Wohlfahrtsstaaten des globalen Nordens?

Die Beantwortung dieser Fragen zum Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats im Feld der Flüchtlingshilfe muss zusammen mit der Herausforderung angegangen werden, ungewöhnliche Allianzen wahrzunehmen und zu reflektieren: Trotz vorhandener Chancen von Alternativökonomien stehen diese in der Gefahr, vom Community-Kapitalismus vereinnahmt zu werden.

Als eine Besonderheit des Engagementfeldes der Flüchtlingshilfe/Flüchtlingspolitik beschreibt *Silke van Dyk* das Dilemma, dass sich darin zwar einerseits eine große rassismuskritische Strahlkraft offenbart, andererseits die Gefahr im Raum steht, dass sich in diesem Handlungsfeld ein „Rassismus des Helfens“ zeigt. Damit knüpft sie an die Kritik des Refugee-Aktivistin Bino Byansi Biaykuleka an, der sagte: „Die meisten sind zufrieden damit zu helfen. Sie wollen uns nicht als menschliche Wesen sehen, die die gleichen Rechte haben. Sie wollen ihre europäische Helferidentität aufrechterhalten und uns dadurch abwerten. Für mich ist die ‚Willkommenskultur‘

eine Kultur der Diskriminierung.“ An diese Kritik anschließend stellt *Silke van Dyk* die folgenden Fragen:

Warum verhalten die Mahnungen, dass Engagement nicht vereinnahmt und instrumentalisiert werden dürfe, zumeist wirkungslos?

Wie lässt sich mit den Dilemmata staatlich erwünschter Solidarität und der Politisierung von Engagement in der Flüchtlingshilfe angemessen umgehen?

Zur Klärung solcher Fragen stellt *Silke van Dyk* zwei Beispiele für ein sogenanntes „rebellisches Engagement“ vor: das „Medibüro Berlin“ und „Moabit hilft.“

Den Vortrag beschloss sodann die Einladung zum gemeinsamen Diskutieren vor dem Hintergrund des Aufrufs von „Moabit hilft“ zur Demo „Es reicht!“ vom 17. Oktober 2015: „Liebe Menschen, es reicht! Es wird Zeit, dass wir alle ein Zeichen setzen und unsere Forderungen auf die Straße bringen. Es geht so nicht weiter. Wir werden uns nicht in die Position der Erfüllungsgehilfen setzen lassen. Ehrenamt ist keine billige Arbeitskraft. Wir sind kein Spielball der Politik. Geflüchtete sind keine Menschen zweiter Klasse. Wir fordern Respekt. Wir stellen klare Forderungen an die Politik. Unterstützt uns dabei.“ (Moabit Hilft 2015)

### **Die fünf Workshops**

Den zentralen Teil der Tagung bildete die Präsentation der 13 Forschungsprojekte des Promotionskollegs im Rahmen von fünf Workshops. Die Darstellungen waren in unterschiedlichen Panels organisiert, die je spezifische Felder von Sozialpolitik und/oder Sozialer Arbeit bzw. AdressatInnen-Gruppen zum Gegenstand hatten.

### **AG I: „Economise!? - Ökonomisierung, Care & Gender im Sozialstaat heute“**

In der AG 1 "Economise!? - Ökonomisierung, Care und Gender im Sozialstaat heute" ging es um die Frage, inwiefern die Diagnose einer Ökonomisierung auf unterschiedliche sozialpolitisch gerahmte Lebensbereiche zutrifft und welche Formen diese annehmen könne. Prof. Dr. Ute Klammer leitete moderierend durch die Veranstaltung.

*Verena Rossow* skizzierte zunächst das Phänomen der transnationalen Vermittlungsagenturen für sogenannte *live-ins*. Die pflegepolitisch initiierte Wahlfreiheit der Kunden (Pflegebedürftige in Deutschland) auf einem Wohlfahrts-Markt sich zunutze machend, ist diese Form der häuslichen Betreuung in der Hinsicht Vermarktlichungsprozessen unterworfen, dass sich am Kundenstatus orientierte Handlungslogiken ausbreiten: Arbeitgeberverantwortung wird umgelenkt in Konsumentenhandeln und die Annahme eines reziproken, ausgeglichenen Tauschaktes zu Marktkonditionen bei den Akteuren zeigt einmal mehr den Verlust des Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Status in diesen Arbeitsverhältnissen. *Katrin Menke* referierte im Anschluss daran über die Logik einer ökonomisierten Familienpolitik, die Mütter und Väter vor allem als Wirtschaftssubjekte und weniger als Sorgetragende adressiere. Dabei machte sie die Ökonomisierung der Familienpolitik an ihrem gegenwärtigen ökonomischen Begründungszusammenhang, der Verknüpfung von Elternschaft und Erwerbsarbeit sowie der Etablierung der Privatwirtschaft als freiwilligen Partner von Familienpolitik fest und stellte im Anschluss daran die selektiven Folgen einer solchen Familienpolitik für Mütter und Väter aus einer intersektionalen Ungleichheitsperspektive dar.



Als dritte Referentin zeigte *Monika Götsch* vor dem Hintergrund der Figur des „Unternehmerischen Selbst“, dass die Paradigmen der Flexibilität und Selbstoptimierung kaum heteronormative Geschlechterverhältnisse in Frage stellen. Vielmehr müssen sich Trans\*Personen im Erwerbsarbeitsmarktkontext zweigeschlechtlich eindeutig den Markterfordernissen anpassen und sich beruflich geschlechtsspezifisch optimieren.

Abschließend wurden die Beiträge um eine Kommentierung von *Katharina Pühl* von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ergänzt, wobei sie die Beiträge in einen weiteren gesellschaftspolitischen Kontext unter zeitdiagnostischen Beobachtungen setzte. Dabei stellte sie noch einmal darauf ab, dass man genau hinschauen müsse, wann die Diagnose der Ökonomisierung gerechtfertigt sei und wann sich bspw. Vermarktlichungsprozesse wirklich nur zum Nachteil der beteiligten Akteure auswirkten.

## **AG II: „Biografien junger Erwachsener im aktivierenden Sozialstaat“**

Die Analysen dieses Workshops richteten sich auf biografische Narrationen als Schnittstelle von Subjekt und Diskurs, wobei ein Projekt auf Identitätskonstruktionen junger Erwachsener im Spannungsfeld arbeitsideologischer Anrufungen abzielte und das Andere auf die Dimension von Körperlichkeit in biografischen Erzählungen junger Erwachsener.

Das Dissertationsprojekt von *Anna Hartfiel* beschäftigt sich damit, wie junge Erwachsene mit ihren Identitätskonstruktionen auf Anrufungsfiguren antworten, die im Zuge der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik an sie gerichtet werden. Identitätskonstruktionen junger Erwachsener – so die Annahme – sind immer mit beeinflusst durch den arbeitsideologischen Diskurs. Im Vortrag wurden exemplarisch einige Beispiele für Selbstpositionierungen junger Erwachsener in unterschiedlichen beruflichen Übergängen dargestellt, wobei auch identitäre Aspekte eine Rolle spielten. Der Fokus der Analyse lag im Rahmen des Gesamtvortrags auf den SprecherInnenpositionen, die von den jungen Erwachsenen in unterschiedlichen beruflichen Übergängen bezogen. Die Analyse der biografischen Interviews nimmt die „Grenzen des Sagbaren“ sehr ernst, die durch die partielle Fixierung des (Arbeits-)Diskurses zu einem jedem historischen Zeitpunkt wirksam werden.

Im Vortrag über das Dissertationsprojekt von *Kerstin Discher* ging es um die Dimension von Körperlichkeit in biografischen Erzählungen junger Erwachsener. Junge Menschen stehen in gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften gerade in der Phase des beruflichen Überganges vor der Anforderung, ihre Beschäftigungsfähigkeit im Modus der Verwertbarkeit herzustellen. Dabei tritt auch die Bedeutung des Körpers hervor, denn diese werden mehr und mehr unter der Idee von Verwertbarkeit verhandelt. Vor diesem Hintergrund zeigte *Kerstin Discher* auf, wie junge Erwachsene in biografischen Narrationen ihren eigenen Körper ins Spiel bringen und qua ihrer Körperlichkeit in den aktivierungspolitischen Diskurs eintreten. Der Körper erscheint dabei vor allem als Ort intersektionaler Verschränkungen, wobei verschiedene miteinander verwobene Differenzlinien sichtbar werden und sich materialisieren.

Im Anschluss an die Vorträge wurde im Plenum diskutiert, wie und ob innerhalb der Biografien junger Erwachsener gesellschaftlicher Wandel im Sinne einer

Transformation des Sozialstaats abgebildet werden kann. Ebenso wurde Bezug genommen auf die Relevanz arbeitsideologischer Leitlinien für Körper in einem Verwertungszusammenhang.

### AG III: Jugend in Europa

Die Europäische Union als relevante Ordnungsebene für den sozialstaatlichen und damit gesellschaftlichen Wandel bildete den gemeinsamen Ausgangspunkt des Workshops III. *Christoph Gille* fragt in seiner Dissertation „Möglichkeitsräume junger Erwerbsloser“, wie sich das Leben arbeitsloser junger Menschen in den wohlfahrtskapitalistischen Regimen von Spanien und Deutschland gestaltet. *Yasmine Chehata* befasst sich in ihrem Vorhaben „Regierte Jugend? Jugendpolitische Artikulationen im Kontext der EU-Jugendstrategie“ mithilfe machtanalytischer Zugänge mit jugendpolitischen Programmen der EU und fragt, was über europäische Strategiepapiere jugendpolitisch sicht- und sagbar wird.

Den gemeinsamen Ausgangspunkt der beiden Projekte bildet die Verortung der Sozialen Arbeit als Teil wohlfahrtskapitalistischer Ordnung und das geteilte Verständnis von Transformation im Kontext von Staat, Markt und EU. Die EU als Institutionengefüge und politisches Projekt, auf das sich unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte beziehen, ist Teil und hat Anteil an dem, was im Kolleg als „Transformation des Sozialstaats“ angenommen wird. Sie ist gekennzeichnet durch Ökonomisierungsprozesse, die sich im Bereich sozialer Sicherung als Post-Wohlfahrtsstaatlichkeit oder, mit Stephan Lessenich gesprochen, als neo-soziale Gouvernamentalität konzipieren lassen. Politiken der EU wirken beispielsweise durch eine Verstärkung machtpolitischer Steuerung und Kontrolle durch finanz- und wirtschaftspolitische Einflussnahmen. Dabei bildete die Kräfteverschiebung im Kontext der Finanzmarktkrise 2008 einen zentralen Ausgangspunkt des Workshops. Ausgehend von den differenten forschungsmethodologischen Zugängen – Machtanalyse politischer Programme (*Chehata*) sowie Rekonstruktion der Handlungsfähigkeit junger Erwerbsloser in Spanien und Deutschland (*Gille*) – wurden die Perspektiven und Analysen anhand des empirischen Materials nachgezeichnet.

Die gemeinsame Diskussion widmete sich der Frage, welche Ordnung europäischer Politiken insbesondere im Hinblick auf ihre verschiedenen Zugriffe der beiden Forschungsprojekte deutlich wird. Zum Einstieg in die Diskussion wurde die Abwesenheit von Umverteilungsinstrumenten und Sicherstellung sozialer Rechte für junge Menschen im Kontext der EU eingebracht. Zum einen wird so deutlich, dass die institutionelle Ordnung der EU Ungleichheit eher verstärkt als abbaut. Gleichzeitig wird die gesellschaftliche Fragmentierung in und zwischen den Nationalstaaten durch die zentrale diskursive Formierung der Investitions-Figur in der EU Jugendstrategie verdeckt und legitimiert. Investition in junge Menschen wird in den jugendpolitischen Rationalitäten zum einzig gültigen Instrument erhoben. In den Erzählungen der jungen Menschen selbst werden indes Bewältigungsweisen deutlich, die abseits eines Strebens nach Erwerbsarbeit liegen und sich damit einer Logik als Investitionsobjekt entziehen. Außerdem zeigte sich, dass die individualisierte Wahrnehmung von Erwerbslosigkeit in Deutschland weniger Möglichkeiten lässt, die soziale Lage als politische zu begreifen, das Erleben der Erwerbslosigkeit als

Kollektiv in Spanien hingegen Gelegenheiten der Politisierung individueller Lebenslagen beinhalten kann.

#### **AG IV: Wirkungen von Sozialpolitik? Empirische Untersuchungen zum Zusammenhang von Sozialstaat und Lebenspraxis**

Die AG griff die Frage nach den Wirkungen der (paradigmatischen und institutionellen) Transformation der Sozialpolitik auf Lebenslagen und Lebensführungsweisen ihrer AdressatInnen auf und stellte dabei den Wirkungsbegriff der Sozialpolitikforschung auf den Prüfstand. In den Blick genommen wurden die drei Politikfelder der Renten-, Pflege- und Familienpolitik. Ziel war es nicht nur, den komplexen und paradoxalen Effekten – oder auch: „outcomes“ – des Wandels dieser Politikfelder (bis in das Alltagshandeln der AdressatInnen) nachzugehen, sondern auch (alternative) Wege der empirischen Analyse und Theoretisierung des Zusammenhangs von Sozialstaat und Lebenspraxis insgesamt aufzuzeigen.

In dem Forschungsprojekt von *Timm Frerk* wurde gezeigt, dass die Ausgestaltung von Pflegesystemen einen Einfluss auf den Erwerbsstatus von potentiellen familiären Pflegepersonen besitzt. Dazu wurde u.a. der Effekt von Cash-for Care Programmen, operationalisiert als durchschnittliche Zahlung bei einer durchschnittlichen Pflegebedürftigkeit im Verhältnis zum regionalen Durchschnittseinkommen, in 52 europäischen Regionen anhand von Mehrebenenanalysen untersucht. Die ersten Ergebnisse haben verdeutlicht, dass die Wirkungen von sozialpolitischen Maßnahmen differenziert (u.a. nach Geschlecht, Einkommen) analysiert werden müssen.

Mit Blick auf die durch die Rentenreformen 2001-2006 veränderten Anforderungen des altersvorsorgenden Handelns stellte *Ina Conen* die Handlungselemente in sozialen Strukturen von AkteurInnen im transnationalen Raum Deutschland-Türkei vor. In der empirischen Untersuchung konnte die soziale Einbettung von handlungsleitendem Wissen beschrieben und drei zentrale Rationalitätsprobleme der Altersvorsorgeplanung im transnationalen Raum identifiziert werden.

Der Vortrag von *Christian Gräfe* über „Familiengründung – lebenszeitliche Orientierungen und familienpolitische Zeitstrukturen“ verfolgte die These, dass Familiengründung in den gegenwärtigen sozial(staatlich)en Bedingungen für Paare bedeutet, geteilte lebenszeitliche Orientierungen im Zuge der Familiengründung auszubilden bzw. selbst zu „institutionalisieren.“ Auf Grundlage von Fallrekonstruktionen wurde untersucht, wie diese Bildungsprozesse mit beruflichen Verläufen und zeitpolitischen Institutionen wie Elterngeld und Elternzeit in Wechselwirkung treten. Ein zentrales Ergebnis von *Christian Gräfe*: Familienpolitische Regulierungen setzen Bestimmtheit, d.h. strukturierte, inkorporierte kollektive (Zukunfts-)Erwartungen der Paareinheiten, voraus. Wenn ein gemeinsamer Zukunftshorizont des Paares zum Zeitpunkt der Familiengründung „ungeklärt“ ist, geht dies mit Problemen in den Mikrostrukturbildungsprozessen einher (wie z. B. Destabilisierung durch berufliche Zeitstrukturen oder Verstetigung vorläufiger Integrationsleistungen).

Der letzte Vortrag wurde von *Prof. Dr. Kai-Olaf Maiwald* von der Universität Osnabrück kommentiert, der das Dissertationsprojekt im Kontext der Paar- und Familiensoziologie situierte. Er verortete das Projekt als Vermittlung zwischen

(empiristischen) Ansätzen, die in erster Linie an dem Einfluss von Sozialstruktur auf Familie interessiert sind, und einem strukturalen Ansatz, der auf Grundlage eines theoretischen Begriffs persönlicher (Paar- u. Familien-)Beziehungen operiert. Mit Blick auf die Ergebnisse der Fallrekonstruktionen betonte der Kommentator u.a. die Voraussetzungshaftigkeit der Aufgabe für Paare, im Übergang zur Familie individuelle berufliche Orientierungen in einen geteilten lebenszeitlichen Horizont zu integrieren. Die vielfach nachgewiesenen Effekte der „Re-Traditionalisierung“, die von der Familiengründung ausgehen, seien (auch) auf ein Ausbleiben dieser Integrationsleistungen zurückzuführen.

### **AG V: (Neu)Verhandlungen des Städtischen - Ordnungen, Materialisierungen, Diskurse**

Der Workshop hatte sich zum Ziel gesetzt, die drei im Untertitel aufgerufenen sehr unterschiedlichen Forschungsperspektiven, deren methodologischen Zugänge sowie Gegenstände der Dissertationsarbeiten unter dem Dach der „Kritischen Stadtforschung“ zusammenzuführen und auf die Frage der „städtischen Platzierungen“ hin zu konkretisieren.

Hierzu wurden zunächst die zentralen Prämissen eines entsprechenden kritischen Zugriffs auf den Gegenstand Stadt rahmensetzend systematisiert.

Der Beitrag von *Judith Knabe* wendete sich anschließend der Problematik städtischer Platzierung in einer Wohnsituation räumlich-materieller Verwehungen zu. Mit Hilfe qualitativer Materialausschnitte einer Interviewpartnerin ging sie der Frage nach, wie Stadt und ihre Materialisierungen aus einer alltagstheoretischen Sicht bei der Bewältigung des Wohnens und der Wohnraumversorgung genutzt werden.

Daran anschließend, griff *Nils Wenzler* die Frage der städtischen Platzierung und Praktiken der räumlichen Anordnung im Rahmen seiner genealogischen Perspektive auf die Geschichte der Sozialen Arbeit auf. Dabei verfolgte er die Diskontinuitäten von Platzierungs- und Territorialisierungspraktiken von der frühneuzeitlichen Bettelordnung, über die Wandererfürsorge bis zu den Siedlungspolitiken der 1970er und 1980er Jahre.

*Marek Naumann* entfaltete schließlich in seiner Darstellung ein Untersuchungskonzept praxeologischer Diskursforschung, mit dem er in einem Mehrgenerationenhaus die situative und kontextuelle „Produktion“ von Engagement untersucht. Sein Anschluss an das Thema des Panels fokussierte auf die (Re-)Produktion von Räumlichkeit, wobei er zeigte, wie im Rahmen eines von einer Ehrenamtlichen durchgeführten informellen Beratungsgesprächs mit einer Wohnungssuchenden der (mit-)untersuchte Stadtteil räumlich und sozial dergestalt formiert wurde, als dass die Beratung letztendlich als „Platzierungspraxis“ im Zeichen neosozialer Anrufungs- und Wissensordnungen erkennbar wurde.

Die innerhalb des Panels entwickelten Perspektiven machten in der Zusammenschau zum einen deutlich, wie relevant die räumliche Dimension für die Frage gesellschaftsordnender Verhältnisse und Verhaltensweisen ist. Zum anderen wurde erkennbar, wie fruchtbar die Verständigung zwischen einer subjektorientierten, einer historischen sowie einer praxeologischen Herangehensweise sein kann, um den gegenwärtigen wohlfahrtsstaatlichen Transformationsprozess systematisch einordnen und bestimmen zu können.

### Das Abschlusspanel

Zum Ende der Tagung diskutierte das Abschlusspanel im Plenum verschiedene Fragestellungen unter dem Motto „*Möglichkeitsräume in Zeiten widersprüchlicher Transformation des Sozialen*“. Dabei wurden drei Ebenen in den Fokus genommen: 1. Akteure/AdressatInnen, 2. Gemeinschaft sowie 3. die Frage nach der Institutionalisierung frei gesetzter Möglichkeiten, insbesondere in den Bereichen Sozialpolitik und Sozialer Arbeit.

Auch wenn sich die analytischen Folien wie Aktivierung, Subjektivierung etc. in vielen auf der Tagung vorgestellten Forschungsprojekten bewährten, unterlaufen die verhandelten Themen solche Transformationsdiagnosen, die eine lineare Entwicklungslogik annehmen: Die vorgestellten Forschungsprojekte haben vielmehr auf die Widersprüchlichkeit, Diskontinuität und so potentiell auch auf Zukunftsoffenheit einer Transformation des Sozialen hingewiesen.

Geht man von einer widersprüchlichen Gleichzeitigkeit aus, dann wird – im Sinne eines aufklärerischen Gedankens – daran erinnert, dass den beobachtbaren Wandlungsprozessen keine Notwendigkeit, Zwangsläufigkeit zukommt, dass sie auf grundlegender Ebene politisch und damit gestaltbar sind. In den Blick kamen somit *Möglichkeitsräume*, die im Zuge dieser Transformation eröffnet werden. Unter dem Begriff von Möglichkeitsräumen hat das Abschlusspanel nach dem emanzipatorischen Moment innerhalb der Transformationsprozesse gefragt, insbesondere in Bezug auf Ungleichheitsverhältnisse, dem entsprechend also: Inwiefern bieten die Veränderungsprozesse Chancen auf die Befreiung aus Abhängigkeitsverhältnissen und Möglichkeiten selbstbestimmten Lebens?

### Ebene 1: Akteure und Adressaten

In einer ersten Runde des Abschlusspanels standen zunächst die Handlungsspielräume der AdressatInnen von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit im Zentrum: Wo scheint Widerständigkeit im Handeln von AdressatInnen auf und worin besteht sie? Inwiefern ist sie nicht nur reaktive Strategie und damit Teil repressiver Ordnungen, gegen die sie sich richtet?

Anhand von Beispielen aus den Forschungsprojekten zeigte sich, dass keine Eindeutigkeit im Handeln der Akteure festgestellt werden kann. Diskutiert wurden Facetten der Heterogenität und Vielschichtigkeit, die sich nicht auf einen technischen Mangel in der Durchsetzung von kontingenten Leitideen reduzieren lassen. Es wurde auch nach den Praktiken gefragt, die nicht als widerständig im engeren Sinn zu verstehen sind: Inwiefern kristallisieren sich eigenständige Handlungsorientierungen heraus, die die inhärenten Widersprüche sozialstaatlich verbreiteter Leitideen aufzulösen trachten?

### Ebene 2: Gemeinschaft(lichkeit)

Anschließend wurde Gemeinschaft unter der spezifischen Rolle reflektiert, die ihr im Zuge sozialstaatlicher Transformation zukommt. Thema waren z.B. die Neuverhandlungen des Verhältnisses von Familie und Staat oder die produktivistische Nutzung von Gemeinschaft im Kontext zivilgesellschaftlichen Engagements. Dabei zeigte sich, dass Gemeinschaftlichkeit ambivalent bleibt und keineswegs per se als emanzipatorisch zu verstehen ist: Gemeinschaften bieten

Anerkennungschancen für die/den Einzelne/n, halten ihn/sie gleichzeitig in Abhängigkeit. Zudem bieten sie Handlungs-/Identifikationsmöglichkeiten jenseits des Staates, bleiben aber auf herrschende Ordnungsprinzipien bezogen – als Instanzen, die staatlich in Pflicht genommen sind bzw. (subsidiär) dort greifen, wo sozialstaatliche Sicherung fehlt bzw. zurückgebaut wird.

So kamen verschiedene Ebenen von Gemeinschaftlichkeit/Kollektivität in den Blick, die in den Forschungsprojekten repräsentiert sind: Von der Familie über das Gemeinwesen, sodann die als Kollektiv adressierte Gemeinschaft, schließlich Gemeinschaftsvorstellungen, die sich als europäische verstehen. Aufgeworfen wurden dabei folgende Fragen: Inwiefern beinhalten Gemeinschaften ein emanzipatorisches Moment? Unter welchen Ideen kann Gemeinschaft (auch jenseits nationalstaatlicher Grenzen) gebildet werden? Und inwiefern sind Gemeinschaften als eigensinnige, widerständige, subversive Absetzbewegung gegenüber einer bestimmten Ordnung zu verstehen und bieten Chancen eigenständiger Ermöglichung von Anerkennungsformen?

### **Ebene 3: Frage der Institutionalisierung von Möglichkeiten**

Im dritten Teil des Abschlusspanels wurde gefragt, inwiefern gesellschaftliche Instanzen nicht nur die Eröffnung von Möglichkeiten befördern, sondern auch zu ihrer Institutionalisierung – in Richtung einer weniger einschränkenden Herrschaft – beitragen. In den Blick genommen wurden z.B. die Instanzen der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit bzgl. ihrer Rolle, die sie in der Eröffnung von Möglichkeitsräumen spielen bzw. spielen könnten?

Andererseits betreffen Institutionalisierungen von Möglichkeiten auch die Wissenschaft, die selbst Teil gegenwärtiger Transformation ist. Auch für die Disziplinen der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit gilt, dass sie den Veränderungen nicht nur passiv unterlegen sind, sondern diese auch aktiv befördern. Gestellt wurde die Frage, inwiefern dieser Bewegung eine Ambivalenz eingeschrieben ist: Wissenschaftliche Untersuchungen machen Möglichkeiten hinter scheinbar Selbstverständlichem sichtbar, leisten damit einen Beitrag, plurale Lebensformen/-führungsweisen anzuerkennen, tendieren dabei aber gleichzeitig dazu, diese kontingenten bzw. rationalistischen Begriffskategorien zu unterwerfen. Damit wurden folgende letzte Fragen erörtert: Inwiefern kann Wissenschaft Möglichkeitsräume, die im Zuge sozialstaatlicher Transformation sichtbar werden, adäquat einordnen? Und welche Konsequenz hat dies für ihre politische Position im Diskurs?

Insofern wurde an den Diskussionen des Abschlusspanels deutlich, dass die Tagung gleichermaßen Beiträge zum Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit in der Transformation des Sozialstaats liefern konnte, sowie sich aus den lebhaften Debatten heraus neue Fragestellungen generieren ließen.

*Zitationsvorschlag: Promotionskolleg „Leben im transformierten Sozialstaat“ (Hrsg.) (2016): Dokumentation der Abschlusstagung des Promotionskollegs „Leben im transformierten Sozialstaat“ am 14./15.04.2016 in Köln. URL: <http://www.promotionskolleg-transsoz.de/> (Datum des Zugriffs)*